

## Flugzeugabsturz

Eine Familie, Vater, Mutter, volljährige Nachkommen, verreisen per Flugzeug. Vor der Abreise wurden wir von der Mutter angefragt, wer eigentlich erbe, falls sie und die direkten Nachkommen dann tot seien. Die Regelung war komplizierter als wir zunächst dachten. Eine gute Frage, die sich kaum jemand stellt und die für alle Fälle geregelt sein muss. Fragen Sie uns!

Dr. Michael E. Dreher  
DR. DREHER & PARTNER, Zollikon  
044 396 15 15 – drdr@dreher.ch

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

ABSTIMMUNG VOM 17. JUNI 2012

## Für mehr Demokratie in der Aussenpolitik

Die Schweiz wird immer stärker durch Völkerrecht eingeschränkt. Mit einem Ja zur Staatsvertrags-Initiative am 17. Juni kann das Schweizervolk seine Mitsprachemöglichkeiten beim Abschluss wichtiger völkerrechtlicher Verträge ausbauen und so die Souveränität des Landes stärken.



HANS-UELI VOGT  
KANTONSRAT SVP  
ZÜRICH

Am 17. Juni stimmen wir über die Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» ab. Im Interesse der direkten Demokratie und der Souveränität verlangt die Initiative, dass inskünftig Volk und Stände zwingend über alle wichtigen Staatsverträge abstimmen können.

Im Zuge der Globalisierung verlieren die einzelnen Staaten immer mehr Einfluss. Immer mehr wird auf überstaatlicher Ebene, durch Völkerrecht geregelt: durch Staatsverträge, aber auch durch internationale Organisationen, Gerichte, Ausschüsse, Komitees usw., die Konventionen verabschieden, Urteile erlassen, Empfehlungen aussprechen, Länder auf schwarze Listen setzen usw. Damit verliert auch das Volk immer mehr Einfluss. Mit der Volksinitiative «Staatsverträge vors Volk» soll diese Entwicklung ein Stück weit korrigiert werden.

### Vorrang des Völkerrechts

Staatsverträge und allgemein das Völkerrecht stehen heute über weite Strecken über unseren Gesetzen und zum Teil sogar über der Verfassung. Das Bundesgericht, die Verwaltung und die Gelehrten gehen von einem grundsätzlichen Vorrang des Völkerrechts gegenüber dem Landesrecht aus. Dieser Vorrang ist problematisch. Umso wichtiger ist es, dass das Volk bei der Schaffung von Völkerrecht, das uns hernach einschränkt, mitreden kann.

Die Schweiz hat diese Einschränkung in den letzten Jahren mehrfach zu spüren bekommen. So kann die Ausschaffungsinitiative angeblich wegen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und der Personenfreizügigkeit nicht umgesetzt werden. Und den aktuell geplanten Verschärfungen im Ausländerrecht – Einschränkungen

des Familiennachzugs, Eingrenzung des Flüchtlingsbegriffs – ist ebenfalls bereits entgegengehalten worden, sie seien mit dem Völkerrecht nicht vereinbar.

Die Beispiele zeigen: Das Schweizervolk ist in Wirklichkeit nicht mehr der Souverän. Volk und Stände können nicht mehr allein bestimmen, was in der Schweiz gelten soll. Das lässt sich kaum mehr ändern – auch die Initiative kann das nicht –, aber das Volk sollte zu den Einschränkungen aufgrund des Völkerrechts wenigstens einmal Ja gesagt haben. Darum müssen wichtige Staatsverträge dem obligatorischen Referendum unterstellt werden.

### Unabsehbare Auswirkungen von Staatsverträgen

Gewisse Staatsverträge haben sehr weitgehende, nicht absehbare Auswirkungen. Ist ein Vertrag einmal abgeschlossen, sind die Staaten oftmals rechtlich oder zumindest faktisch verpflichtet, sich den weiteren Entwicklungen im Rahmen des Vertrages zu unterziehen: Änderungen und Ergänzungen müssen übernommen und in nationales Recht umgesetzt werden, Erweiterungen auf neue Vertragsparteien sind zu akzeptieren (Stichwort: Osterweiterung der EU), und unsere Gerichte müssen sich an die «dynamischen» Weiterentwicklungen aufgrund der Rechtsprechung internationaler Gerichte halten.

Mit dem Abschluss solcher Staatsverträge setzt sich die Schweiz einer Rechtsentwicklung aus, auf die sie keinen Einfluss mehr hat.

Sie bindet sich so, wie sie sonst nur an die eigene Verfassung gebunden ist. Darum müssen entsprechende Staatsverträge im gleichen Verfahren beschlossen werden wie eine Verfassungsänderung.

### Vorzüge der direkten Demokratie – auch in der Aussenpolitik

Mit der wachsenden Bedeutung des Völkerrechts wächst der Einfluss der Regierung und des Parlaments und schwindet jener des Volkes, denn für die Aussenpolitik ist grundsätzlich, unter Mitwirkung des Parlaments, der Bundesrat zuständig. Diese Machtverschiebung will die Initiative korrigieren. Dies aus der Überzeugung, dass die Vorzüge der direkten Demokratie auch in der Aussenpolitik zu nutzen sind. Die direkte Demokratie legitimiert die Herrschaft der Regierenden – im Bereich der Aussenpolitik vor allem des Bundesrates –, weil wichtige Entscheide auch von den Betroffenen selber mitgetragen werden. Sie führt dazu, dass die Menschen sich mit dem Staat identifizieren und die Regeln, die er aufstellt – oder völkerrechtliche Bestimmungen, die er übernimmt –, akzeptieren. Und sie nützt die Erfahrungen, das Wissen und die Intuition der ganzen Bevölkerung statt nur die fachliche Kompetenz und das politische Geschick einiger weniger.

Mit dem obligatorischen Referendum werden diese Vorzüge stärker genutzt, es wird, wie der Bundesrat schrieb, «die öffentliche Debatte über ausgewählte aussenpolitische Themen intensiviert».

### Nur wenige Staatsverträge wären erfasst ...

Konkret will die Initiative das obligatorische Staatsvertragsreferendum auf bestimmte wichtige Staatsverträge ausdehnen. Zurzeit besteht es nur, wenn die Schweiz der EU oder der NATO beitreten oder wenn ein ausserordentlich weitreichender Vertrag wie der damalige EWR-Beitritt abgeschlossen würde. Sogar der Bundesrat hat darum erkannt, dass ein «Bedürfnis nach einer verbesserten direkt-demokratischen Mitgestaltung der Aussenpolitik» besteht.

Die Ausdehnung des obligatorischen Staatsvertragsreferendums, wie sie die Initiative verlangt, ist moderat. Sie erfasst nur einen kleinen Anteil aller Staatsverträge. Der Bundesrat schliesst von den rund 500 Staatsverträgen, die die Schweiz jährlich abschliesst, den grössten Teil in eigener Kompetenz ab. Nur wichtigere Verträge sind vom Parlament zu genehmigen, im Jahr etwa 20 bis 40. Von diesen wiederum unterliegt etwa die Hälfte dem fakultativen Referendum, sodass gegebenenfalls 50000 Unterschriften gesammelt werden müssen. Und aus dieser bereits schon kleinen Teilmenge greift die Initiative eine noch kleinere Gruppe von Verträgen heraus, die dem obligatorischen Referendum unterliegen sollen.

In diese Kategorie fallen nach der Schätzung des Bundesrates drei Staatsverträge pro Jahr, nach einer anderen Schätzung sind es acht. Das führt zu keiner Flut von Abstimmungen über Staatsverträge; mit einem zusätzlichen Abstimmungstermin pro Jahr ist das zu bewältigen.

... und zwar die wichtigen Obligatorisch Volk und Ständen vorgelegt werden müssten erstens Verträge, die zu einer multilateralen Rechtsvereinheitlichung führen. Das hätte z.B.

für die vorher genannte EMRK zugezogen. Über sie ist damals nicht abgestimmt worden.

Zweitens sind Staatsverträge erfasst, die die Schweiz verpflichten, künftiges Recht zu übernehmen. Sollte die Schweiz zu einer automatischen Übernahme von Rechtsentwicklungen in der EU Ja sagen, müsste ein entsprechendes Abkommen aufgrund der Initiative zwingend dem Volk vorgelegt werden. Drittens geht es um Staatsverträge, mit denen Rechtsprechungszuständigkeiten an internationale Institutionen übertragen werden. Das trüfe z.B. auf ein Doppelbesteuerungsabkommen zu, mit dem ein Schiedsgericht eingesetzt wird, das Streitigkeiten aufgrund des Abkommens zu entscheiden hat. Und viertens erfasst die Initiative einmalige Ausgaben von mehr als 1 Mia. Fr. oder wiederkehrende Ausgaben von mehr als 100 Mio. Fr.; dies aus der Überzeugung, dass bei der Verwendung von derart viel Volksvermögen für Anliegen im Ausland die Bürger ein Wort mitzureden haben.

Die direkte Demokratie ist der Erfolgsfaktor Nr. 1 der Schweiz. Mit einem Ja zur Staatsvertrags-Initiative am 17. Juni können wir sie im Bereich der Aussenpolitik massvoll und gezielt ausbauen und die zunehmenden Einschränkungen unserer Souveränität aufgrund des Völkerrechts bremsen.

Fertig lustig, wenn Brüssel befiehlt!

Darum Ja

17. Juni 2012  
Staatsverträge vors Volk

www.staatsverträge.ch

**Fotovoltaik**

Jetzt Offerte einholen

- günstiger dank Grosseinkauf über den Maschinenring
- Kostenlose Beratung
- Montage und Unterhalt vom Maschinenring

Maschinenring  
Medienring Zürich, Seestrasse 3  
8002 Wetzlar, Tel. 053 791 41 43  
info@maschinenring.ch www.maschinenring.ch

**Schreinerei Hanspeter Rütschi**

Mettlenbachstrasse 2a · 8617 Mönchaltorf  
Tel. 044 949 20 00 · Fax 044 949 20 01  
www.schreinerei-ruetschi.ch

**MÖBEL ALLER ART**

Wir fertigen jegliche Möbel nach Ihren Bedürfnissen in unserer Werkstatt in Mönchaltorf.

**AGRISANO**

In Zusammenarbeit mit  
Zürcher Bauernverband  
USP Versicherungen

**Natürlich Gut Versichert**

Ihre Regionalstelle

**Zürcher Bauernverband**  
Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf  
Tel. 044 217 77 50, www.zbv.ch

**ZBV Versicherungen**  
Im Dienste der Zürcher Landwirtschaft

Kompetent in Versicherung und Landwirtschaft

**CCG Event-Technik**

**CCG-Mietpark**  
Bramenstrasse 8  
8184 Bachenbühlach  
Tel. +41 (0)44 307 11 55  
www.ccg.ch

Bruno Walliser, Kantonsrat SVP, Volketswil

«Der Mittelstand muss gestärkt werden. Darum befürworte ich diese Initiative.»

17. Juni  
**JA BAUSPAREN**

www.bausparen-ja.ch